

## Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 24.08.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-W In die Zukunft wirtschaften

### Antragstext

#### 1 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

#### 2 Sozial-Ökologische Marktwirtschaft

- 3 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Wohlstand  
4 im  
5 Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines  
6 zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die  
7 planetaren Grenzen einhält. Dafür braucht es den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen  
8 Marktwirtschaft, die Wachstum, Effizienz, fairen Wettbewerb und Innovation als Mittel zur  
9 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle Menschen nutzt, weltweit und für zukünftige  
10 Generationen.
- 11 (91) Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns  
12 vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische  
13 Verteilungskrisen. Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem, der damit einhergehende  
14 Verbrauch natürlicher Ressourcen schon. Wachstum in bestimmten Bereichen wird auch in  
15 Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Es geht dabei  
16 um ein qualitatives Wachstum, das neben ökonomischen Kriterien auch soziale und ökologische  
17 berücksichtigt.
- 18 (92) Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint  
19 Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde  
20 Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben.  
21 Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes Wirtschaften nötig. Mit einem  
22 umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale und qualitative Merkmale erfasst  
23 werden. Wasser, Luft, Boden und Artenvielfalt sind globale Gemeingüter, die abseits einer  
24 reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen.
- 25 (93) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer Green Deal.  
26 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften,  
27 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die Zukunft. Er  
28 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und  
29 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.
- 30 (94) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen Wettbewerbs  
31 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt und innovative  
32 Problemlösungen schaffen.
- 33 (95) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und  
34 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind unverzichtbar, um die

34 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte aber  
35 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen sicher, dass  
36 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken. Es ist  
37 Aufgabe des Staates, für Information, Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die  
38 Durchsetzung von Verbraucher\*innen-Rechten sicherzustellen.

39 (96) Der Markt ist nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer  
40 Gesellschaft. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von Märkten  
41 über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Wir wollen den  
42 Weg ebnen für soziales und ökologisches Unternehmer\*innentum, für eine Wirtschaft des  
43 Teilens sowie für frei zugängliches Wissen und frei zugängliche Gemeingüter. So wird die  
44 sozial-ökologische Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls gestärkt.

45 (97) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen es  
46 neu begründen und durchsetzen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und  
47 handlungsfähigen Staat und klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie  
48 intelligenter öffentlicher Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich  
49 sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

50 (98) Nur wenn Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der  
51 Märkte nicht zulasten von Mensch und Umwelt. Klimafreundliche und soziale Alternativen  
52 können sich dann durchsetzen.

53 (99) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem neuen Wohlstandsmaß und  
54 einer neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Diese berücksichtigen neben ökonomischen  
55 auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum  
56 größten Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird.

57 (100) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche Wirtschafts-,  
58 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um  
59 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte Infrastruktur,  
60 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende öffentliche  
61 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch schnellere  
62 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden und Gerichte mit  
63 ausreichendem Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

64 (101) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen  
65 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der  
66 Mobilität und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von  
67 allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung  
68 müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen  
bleiben.

## 69 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

70 (102) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass Märkte  
71 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es ist Aufgabe  
72 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen sowie jene Bereiche

- 73 einer Gesellschaft zu definieren und auszugestalten, die nicht durch Märkte dominiert werden  
74 sollen.
- 75 (103) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairer Wettbewerb.  
76 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen,  
77 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge durch und an  
78 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische  
79 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische Infrastruktur und  
80 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.
- 81 (104) Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich an gesellschaftlichen Zielen  
82 orientieren. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf die  
83 gewählten Mittel lassen. Es ist laufend zu überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch  
84 bedarf und sie ihren Schutzzweck weiterhin erfüllen. Dabei ist zu beachten, dass sowohl  
85 ungeeignete politische Regeln als auch fehlende politische Regulierung Wettbewerb  
86 einschränken und Marktmacht zementieren können. Regulierungen müssen so ausgestaltet  
87 sein,  
88 dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum Wettbewerbsnachteil für kleine  
89 Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen bewirken, dass  
90 Machtunterschiede  
91 möglichst ausgeglichen werden.
- 92 (105) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und Vermitteln  
93 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann die Teilhabe  
94 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden, damit sie  
95 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, damit faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen  
96 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa braucht es  
97 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.
- 98 (106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.  
99 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position als globaler  
100 Industriestandort wahren, mit neuen Wertschöpfungsketten, neuen Produkten, guten  
101 Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine aktive  
102 Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der Markt  
103 das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in Forschung und  
104 Digitalisierung investieren und Arbeitsplätze sichern.
- 105 (107) Unternehmer\*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich  
106 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu  
107 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und  
108 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit  
109 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen, ökologischen und  
110 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.
- 111 (108) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die vollständige  
112 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobil- und Chemieindustrie sowie der  
113 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den vergangenen  
114 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des  
115 21.

113 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie –  
114 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität,  
115 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und globale  
116 Orientierung.

117 (109) Das Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. In seiner  
118 Vielfalt ist das Handwerk Voraussetzung für die Stadt der kurzen Wege, für attraktive  
119 Regionen und für die sozial-ökologische Transformation. Das Handwerk muss durch faire  
120 Wettbewerbsbedingungen dabei unterstützt werden, seine Traditionen in die Zukunft zu  
121 übertragen und seine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Fachkräften zu stärken und in  
122 strukturschwachen Regionen zu erhalten.

123 (110) Entscheidend für eine Dekarbonisierung von Produktion und Konsum ist ihre Einbettung  
124 in eine Kreislaufwirtschaft. Produktion und Konsum finden dabei so weit wie möglich in  
125 vollständigen Kreisläufen statt, so dass weniger natürliche Ressourcen verwendet werden  
126 müssen. Zentral dabei ist ein umfassendes Gebot für ressourcensparendes und  
127 kreislauffähiges Produktdesign. So wird die Zahl der neu produzierten Waren und Güter  
128 minimiert, Produkte werden langlebiger und können repariert oder wiederaufbereitet werden.

129 (111) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem  
130 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die  
131 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu bleiben,  
132 Innovationen und Wertschöpfung zu fördern, sich weniger abhängig von anderen globalen  
133 Playern zu machen und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen Welt  
134 Bürger\*innen-Rechte zu sichern.

135 (112) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In einem  
136 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation, Digitalisierung,  
137 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung sind die  
138 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien weiter in  
139 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen  
140 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

141 (113) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und Erfindungen  
142 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte wie  
143 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die Regionalisierung in  
144 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt allein kann  
145 das nicht richten.

146 (114) Das freie Unternehmer\*innentum, die Gründer\*innen in Start-ups sind die Treiber\*innen  
147 für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und  
148 Investitionen in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen  
149 und kleine Unternehmen sowie Start-ups und Ausgründungen aus Universitäten europaweit. Sie  
150 unterstützt bei der Finanzierung, beim Transfer von Grundlagenforschung in die Praxis und  
151 sorgt für attraktive Rahmenbedingungen, um die besten Forscher\*innen, Gründer\*innen und  
152 Fachkräfte anzuziehen.

153 **Eigentum und Gemeinwohl**

154 (115) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-  
155 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,  
156 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie und  
157 Marktwirtschaft bedroht.

158 (116) Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialbindung, weil sie unvermehrbar und  
159 unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein sowie Grund und  
160 Boden verstärkt in öffentliches Eigentum überführt werden. Es gilt zusätzlich, die  
161 Flächeninanspruchnahme zu begrenzen. Der Staat muss für vielfältige Besitzstrukturen sorgen  
162 und sie stärken.

163 (117) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine stärkere  
164 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen leisten einen wichtigen  
Beitrag  
165 hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft.

166 (118) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne Kosten  
167 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und Gerechtigkeit.  
168 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist, um  
169 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie möglich soll  
170 Menschheitswissen werden.

## 171 **Finanzmärkte und Banken**

172 (119) Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu  
173 finanzieren und Sparer\*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die  
174 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven Finanzprodukten zum  
175 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum  
sogenannten  
176 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und nicht die  
177 kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom riskanten  
178 Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht einen Finanzmarkt,  
der  
179 sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt, statt ihm zu schaden.

180 (120) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu groß, werden  
181 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze Volkswirtschaft  
182 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel jederzeit  
183 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und wirksame  
184 Haftungsregeln.

185 (121) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen  
186 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie einfache,  
187 glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder  
188 FinTechs. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht  
189 so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden wie Großbanken.

190 (122) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn Anlagegelder in  
191 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, von fossilen Energien

192 getragene Wirtschaft fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus  
193 Investitionen Unternehmen zurückziehen, die auf fossile Energien bauen. Für Anleger\*innen  
194 muss zu jeder Zeit transparent sein, welche ökologischen und sozialen Folgen mit ihren  
195 Investitionen oder Einlagen verbunden sind. Es gilt, die Klima- und Nachhaltigkeitsrisiken  
196 im Finanzsektor offenzulegen und einzupreisen. Das macht die Finanzierung von Investitionen  
197 in Klimaschutz und Nachhaltigkeit günstiger als die Bereitstellung von Kapital für andere  
198 Zwecke.

### 199 **Geld- und Fiskalpolitik**

200 (123) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es, ökonomischen  
201 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und können  
202 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

203 (124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der  
204 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag  
205 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu  
206 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die  
207 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf  
208 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und  
209 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden. Langfristige  
210 Schuldenfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die  
211 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

212 (125) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen Europa  
bei.

213 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen sich  
214 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Handel, ohne  
215 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische Währungsunion  
216 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.

217 (126) Die Zentralbanken sollten eigene Standards für digitale Währungen schaffen. Private  
218 Währungen sollen im Euro-Raum nicht zugelassen werden. Digitale Zahlungen,  
Kryptowährungen

219 und die Personen hinter den Accounts müssen nachvollziehbar sein. Zur Bekämpfung von  
220 Verbrechen wie Geldwäsche, die Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,  
221 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es eine staatliche Infrastruktur.

222 (127) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie  
223 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und in  
224 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser Haushalt  
225 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und  
226 schwere Konjunkturerinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch  
über

227 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen  
228 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein  
229 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

230 (128) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es zu  
231 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der  
232 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie

233 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines hohen  
234 Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank gesichert ist,  
235 sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die Liquidität der Staaten  
236 garantiert.

237 (129) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von  
238 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von  
Unternehmensgewinnen.  
239 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt werden. Im Fall  
240 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion müssen  
die  
241 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den  
242 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau  
aufzuerlegen.

### 243 **Haushalts- und Steuerpolitik**

244 (130) Haushaltsmittel gehören allen Bürger\*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam umzugehen und  
245 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg  
246 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar, transparent  
247 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt unerlässlich.

248 (131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für  
249 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu  
250 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und auszubauen.  
251 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume künftiger  
252 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der  
253 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die  
254 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und  
255 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

256 (132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur  
257 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die  
258 Steuerzahler\*innen ergeben.

259 (133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es braucht  
260 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist Grundlage für  
261 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

262 (134) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue  
263 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das  
264 Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und Erbschaften muss  
wieder  
265 erhöht werden. Die Besteuerung von Kapitaleinkommen muss mindestens dem Maß der  
Besteuerung  
266 der Erwerbstätigkeit entsprechen. Der Vermögensaufbau von einkommensschwachen Gruppen  
soll  
267 gezielt gefördert werden, unter anderem über Wohnerwerbsförderung oder Mitarbeiter\*innen-  
268 Beteiligungsprogramme.

- 269 (135) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am  
270 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen stärker  
271 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau und  
soziales  
272 Engagement begünstigt.
- 273 (136) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze  
274 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische  
275 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 276 (137) Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen. Die  
277 Besteuerung soll progressiver werden. Dafür braucht es Transparenz über wirtschaftliche  
278 Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht durchzusetzen.  
279 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug sind mit  
allen  
280 Mitteln zu bekämpfen.